



„Keinen Groschen bezahlt“: Staudinger gibt nicht nach

Schuhrebell Heini Staudinger fordert erneut die Aufhebung einer Geldstrafe, die die Finanzmarktaufsicht über ihn verhängt hat.

Der Waldviertler Schuhrebell Heinrich Staudinger will den Streit mit der Finanzmarktaufsicht nicht beenden. Er denkt nicht daran, die von der Behörde verhängte Zwangsstrafe zu zahlen. Staudinger ist mit der Umstellung seines privaten Finanzierungsmodells in Verzug, hat aber zwischenzeitlich alle Unterschriften seiner Geldgeber beisammen. Parallel bastelt er an einer Genossenschaft. In den vergangenen Tagen seien die letzten drei Unterschriften seiner 185 Darlehensgeber eingetrudelt, sagte Staudinger zur APA. Lediglich zwei hätten ihr Geld zurück gefordert.

Privatpersonen haben dem Schuh- und Möbelhersteller GEA insgesamt 2,8 Millionen Euro geliehen, sie erhalten vier Prozent Zinsen. Nach Rechtsmeinung der FMA ist das ein Bankgeschäft, für das Staudinger eine Konzession bräuchte, die er nicht hat. Der in der Öffentlichkeit ausgetragene Rechtsstreit mit der Aufsicht zieht sich schon seit rund zwei Jahren.

Mit allen Beschwerden abgeblitzt

Mit seinen Beschwerden bei den Höchstgerichten ist Staudinger aber bisher abgeblitzt. Die FMA hatte ihm mehrere Male Strafen angedroht und zuletzt auch 10.000 Euro Bußgeld über den GEA-Chef verhängt. Vom offenen Bußgeld „habe ich nach wie vor keinen Groschen gezahlt“, sagt er. Das hat er auch nicht vor. In einem offenen Brief an die FMA verlangte er diese Woche die Aufhebung der Strafe. Die Finanzmarktaufsicht wird sich davon wohl nicht beeindrucken lassen, sondern ihm, wenn er nicht zahlt, weiter blaue Briefe schicken. Die ersten 10.000 Euro sind bereits im Exekutionsstadium.

Die Finanzaufseher hatten Staudinger verschiedene Möglichkeiten vorgeschlagen, wie er sein Finanzierungsmodell legalisieren könnte, etwa durch die Gründung einer Genossenschaft. Staudinger entschied sich dafür, seine Darlehensgeber eine Nachrangklausel unterzeichnen zu lassen. Im theoretischen Pleitefall würden diese also ganz zum Schluss ausbezahlt. „Die FMA will ohne Zweifel die Banken schützen“, meint der Unternehmer.

Staudinger: Strafen „absurd“

Staudinger sieht sich und sein Unternehmen als „Projektionsfläche für die Hoffnung vieler Menschen, dass etwas Lebensbejahendes in der Wirtschaft möglich ist“. Es könne nicht sein, dass Banken kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) wegen der strengeren Kapitalvorschriften (Basel II) keine Kredite mehr gewährten. Gefüllte Warenlager und Firmengebäude zählten heutzutage nichts mehr, daher müssten sich viele KMU nach alternativen Finanzierungsformen wie etwa Crowdfunding umsehen. Derlei unter Strafe zu stellen findet Staudinger „absurd“.

Aktuell ist Staudinger dabei, einen eigenen Genossenschaftsverband zu gründen – abseits der zwei dominierenden Kräfte Raiffeisen und Volksbanken. „Einen freien Verband kann man erst gründen, wenn man von einem der zwei abgelehnt wird“, so Staudinger. Das sei nicht so einfach. „Bei Schulze-Delitzsch (Volksbanken) sind wir schon fünfmal gewesen. Bei jeder zweiten Geschichte hieß es: das geht nicht. Aber abgelehnt wurden wir nicht.“ Bei Raiffeisen habe er es gar nicht probiert. „Das wären imagemäßig Schlechtpunkte“, so Staudinger mit Blick auf seine Klientel.

„Förderungsverein der Primärbanken“

Dennoch hat sich Staudinger mit dem 1991 gegründeten „Förderungsverein der Primärbanken“ zusammengetan, in dessen Vorstand allesamt Raiffeisenbanker sitzen. Die Mitglieder

